

Bebauungsplanverfahren G 8: Megalith-Gelände

Stellungnahme des VCD KV Bamberg Stadt und Land

Der Planentwurf für das Megalith-Gelände schickt den Betrachter auf eine Zeitreise. Nach vorne - das wäre der Diskussion wert. Das Stadtplanungsamt macht aber das Gegenteil: Seine Zeitmaschine katapultiert den Betrachter glatte 100 Jahre zurück - mitten in die Anfänge der Gartenstadt-Bewegung. Nichts zu lernen gewesen in der Zwischenzeit? Das ist zu derb.

Einige unserer Einwände lassen Sie uns andeuten:

Flächennutzung

Der Bund Naturschutz ruft seit Jahrzehnten zur Einschränkung des Flächenverbrauchs auf, die Bundesregierung tut das gleiche seit 10 Jahren, und das Bay. Landesamt für Umwelt ist seit immerhin einem halben Jahrzehnt Träger des *Bündnis zum Flächensparen*. Ein Schwerpunkt aller dieser Initiativen und Aktionsprogramme ist eine nachhaltige Siedlungsentwicklung. Was ist davon bei den Megalith-Planern angekommen? Null. Der Entwurf stellt Flächenvergeudung aus, in dreister Form.

Der Markt

Verdichtetes Bauen sei am Markt nicht durchsetzbar, stand vor kurzem in der Lokalpresse. Nicht jeder mag sich für zurückhaltenden Umgang mit Fläche, Energie und Kfz erwärmen. Das ist keine Überraschung. Aber wer darf ohne Katalysator fahren, auch wenn er das noch so gern wollte? Mit Blei im Benzin oder Alkohol im Blut? Mit 120 in der Stadt? Hausheizungen haben einen Abgas-Deckel, die Lkw's haben einen Ruß-Deckel, die Pkw's bekommen demnächst einen CO₂-Deckel. Der allgemeine Deckel für den Flächengebrauch fehlt noch; er ist nur eine Frage der Zeit.

Bedarfsprognose

In einem Gutachten wird der „Bedarf“ an EFH zu knapp 100 je Jahr prognostiziert, für noch viele Jahre. Der Planentwurf setzt für die „Befriedigung“ von etwas mehr als einem Jahr 7,5 ha Stadtfläche ein.

Kann das die Lösung bis 2020 sein - jedes Jahr wieder 6 oder 7 ha Stadtfläche für EFH? Das *kann* nicht sein.

Der Entwurf bekräftigt und schürt eine Nachfrage, von der man heute schon weiß, dass unsere Stadt sie morgen nicht mehr bedienen kann.

Prioritätensetzung: Das private Kfz

Die Struktur der entworfenen Siedlung folgt dem Muster „Neben jedes Häuschen seine Garage“. Das ist eine materialisierte Aufforderung, das private Kfz zu benutzen. Prof. Knoflacher sagt es uns seit vielen Jahren: „Man muss beim Parkplatz und beim Weg dorthin ansetzen“. Die verkehrsberuhigte Zone ist eine Lösung, die Behinderungen durch den MIV kleiner zu bekommen. Sie ist aber nur eine Notlösung für Altquartiere. Für Neuanlagen ist der Schlüssel, Fußgänger- und Autobereiche klar zu trennen. Die entworfenen Siedlung ist visuell vom Kfz geprägt, von der Priorität, die dem Kfz-Verkehr durch die das Erscheinungsbild bestimmenden Bahnen für Kfz's eingeräumt wird. Die Alternative liegt auf der Hand: Platziert man die Stellplätze/Garagen am Rand der Siedlung oder in ihrer Tiefe, wird der Innenraum zu einem autofreien Bereich neuer Lebensqualität.

Für Anwohner ohne privates Kfz halten die Planer 300 m Fußweg zum nächsten Kfz für selbstverständlich zumutbar, für Anwohner mit privatem Kfz nicht mehr als 10 m. Das ist ein Verhältnis von 30:1. Woher nehmen die Planer die Rechtfertigung für diese zweierlei Maßstäbe? Die

Kfz-Abstellplätze haben keine andere Legitimation als die Haltestellen der Bamberger Stadtwerke. Daher kann man auch die Abstellplätze des MIV so organisieren wie die Haltestellen des ÖPV.

Die Platzierung der MIV-Stellplätze beeinflusst in weitem Maß, welche Entfernungen für's Zu-Fuß-Gehen akzeptiert werden. Die vorgelegte Platzierung wird ein erhebliches Aufkommen besonders im - besonders schädlichen - Kurzstreckenverkehr verursachen (nach Gaustadt Mitte, nach Bamberg Mitte, ...).

Das Muster „Neben jedes Häuschen seine Garage“ ist von gestern, und heute eine verkehrsökologische Provokation.

Fußläufige Anbindung

„Einkaufsmöglichkeiten, Kindergarten und Schulen befinden sich in fußläufiger Entfernung“ heißt es in der Begründung des Entwurfs. Für wen gelten Entfernungen in der Größenordnung von 1 km heute als fußläufig? Noch dazu, wenn das Kfz vor der Haustüre steht?

Das Problem der fußläufigen Anbindung reicht noch tiefer.

- o Ein für den Fußgänger anziehender Weg zum nächstgelegenen Kindergarten ist nicht ausgewiesen. Die zur Verfügung stehenden Wegmöglichkeiten verlangen große Umwege und treiben die psychologische Hemmschwelle hoch.

- o Der zur Verfügung stehende Weg zur Grundschule ist weit und führt auch entlang der Gaustadter Hauptstraße. Das ist eine stark befahrene Straße (besonders zu den Schul-Anfangs- und Schlußzeiten), häufig mit unangepassten Geschwindigkeiten befahren (auch wegen der weggeklagten allgemeinen Beschränkung auf Tempo 30), und gerade die Kleinen sind durch den Schadstoffausstoß (insbesondere Feinstaub / Rußpartikel) besonders in Mitleidenschaft gezogen.

- o Für den Weg zur Hauptschule gilt das ebenso, und es kommt noch eine besondere Gefahr dazu: die Hauptstraße muss überquert werden.

Diese Gefahrenquellen (und andere) sind der Gaustadter Hauptstraße nur durch aufwendige Umbauten auszutreiben. Denn sie sind stark durch die Form der Straße verursacht: durch den optischen Durchschuss, den die Straße bietet. Bis heute haben sich keine Anzeichen erkennen lassen, dass es Bereitschaft für die (schon lange) nötigen baulichen Änderungen der Straße gibt.

Für alle diese Schwierigkeiten zeigt der Entwurf keine Lösungsmöglichkeiten auf, und erste Abschätzungen der erwartbar anfallenden Kosten fehlen ganz.

Die gute fußläufige Anbindung der Siedlung ist eine freie Erfindung der Autoren.

Busanbindung

Die Megalith-Siedlung ist - im Horizont der heutigen Einstellungen, bei der vorgesehenen Platzierung der Stellplätze, und mit dem bisher geplanten Wegeangebot - nicht fußläufig angebunden. Kann der Busverkehr die Insellage auffangen? Mit einem Busangebot im Halbstunden- oder Stundentakt sicher nicht. Doch für ein dichteres Angebot fehlt es dem Entwurf an Anwohnerdichte. Die Flächenvergeudung macht die Anzahl der Bewohner so klein, dass die Stadtwerke auf die Forderung nach höherer Busfrequenz immer mit „Mangelnde Rentabilität!“ antworten werden. (Was in der Sache vermutlich auch so zutreffen wird.) Eine drastische Erhöhung der WEen auf dem Gelände ist Voraussetzung dafür, dass ein Busverkehr angeboten werden kann, der als echte Alternative zum privaten Kfz wahrgenommen werden kann und genutzt werden wird.

Energienutzung

- o Für die Ausrichtung der Baukörper liegt die Deutung nahe, dass sie visuell entschieden worden ist, nämlich aus dem Bild der Hausgrundrisse im Verhältnis zum Bild der Breitäckerstraße. Die ins Auge fallende Parallelität suggeriert Stimmigkeit des Lageplans insgesamt, bürgt aber für nichts anderes als eben für den visuellen Eindruck. Für die zu gewinnenden Erträge an Solarenergie etwa läuft dieser

gefällige Augenschein leer. Für die Ausrichtung der Baukörper versteht es sich heute von selbst, sie auf die Summe der solaren Erträge hin zu optimieren. Diese Optimierung ist nicht dargelegt.

o Der Entwurf enthält einen Lichtblick: das Nahwärmenetz. Doch dessen Effizienz ist durch die bauartbedingte Energievergeudung des freistehenden EFHes und durch die geringe Siedlungsdichte drastisch gemindert, und durch die Peripherielage des Heizwerks noch einmal.

Ob die Beschickung mit Holzhackschnitzeln geprüft worden ist (Steigerwald vor der Haustüre), ist den Unterlagen nicht zu entnehmen, und auch nicht, ob ein Anschluss an die Bamberger Fernwärme möglich ist.

Alle diese Fragen verdienen explizite Antworten.

Soziales

Dass an „Übergängen Orte für nachbarschaftliche Begegnung entstehen“, ist behauptet. Aber das Wo und das Wie sind nicht einmal angedeutet.

Eine Gemeinschaftseinrichtung ist bloß „angedacht“. Sie ist nicht eingeplant, und es fehlt ein Entwurf für ihre Organisation.

Unser gesellschaftliches Grundproblem, der Umgang von Alt und Jung miteinander, kommt bei der Beschreibung der gewählten Haustypen, ihrer Verteilung und ihrer Konfiguration nicht in das Blickfeld.

Zielgruppen

Die Zielgruppen der Siedlung sind Familien und jüngere Paare. Freistehende Einfamilienhäuser für Familien und jüngere Paare? Grundstücksgrößen, spezifische Baupreise und überflüssig hohe Unterhaltungskosten schließen gerade diese Zielgruppen aus.

Erfahrungen

Es gibt mit Cherbonhof und Ochsenanger in unserer Stadt reale Beispiele, wie mit Grund, Energie, Mobilität und Sozialem qualitativ anders und zu besserem Nutzen umgegangen werden kann. Die Erfahrungen mit diesen Siedlungen kann man verarbeiten, die Prinzipien des damaligen Bauens weiterschreiben. Das geht freilich nur, wenn man die Erfahrungen zur Kenntnis nimmt.

Auch davon ist in dem Entwurf nichts zu spüren.

Stadtrat & Stadtverwaltung

Gemeinschaftliche Institutionen und Organe gibt es allein deswegen, weil es Gefahren gibt, die die Einzelnen nicht einzeln bewältigen können. Daher ist es der Job der gemeinschaftlichen Organe, sich genau diesen Gefahren zu stellen. Zu den heute drohenden Gefahren gehören die Klimaveränderung, der galoppierende Flächenfraß, das Natur, Gesundheit und Lebensqualität schädigende Verkehrswesen und der asoziale Trend zur Austrocknung der sozialen Netze. Es ist der Job von Stadtrat und Stadtverwaltung, alle kommunal zugänglichen Hebel zu nutzen, um diesen Gefahren entgegen zu treten.

Einer dieser Hebel ist die Siedlungspolitik: die Konzeptionierung einer zukunftsfähigen Siedlungspolitik - und das offensive Werben für sie. Ja: Das offensive Werben für sie.

Resümee

Die Planer attestieren ihrem Entwurf (in der „Begründung“) etliche des Wünschens werte Eigenschaften. Leider sind die im Entwurf selber nicht aufzufinden. Die großzügig ausgebreitete „Begründung“ bastelt dem Planverfahren ein Potemkinsches Dorf.

Der vorgelegte Entwurf ist allen ökologischen Verpflichtungen, die die Stadt Bamberg aus freien Stücken eingegangen ist (Klima-Allianz, Agenda 21-Prozess, ...), diametral entgegengerichtet.

Die entworfene Siedlung wäre nicht erst morgen eine Altlast, sie ist es bereits heute. Vom Tag der Fertigstellung an wäre sie ein Sanierungsfall.

Die Stadt Bamberg kann das Modell „Freistehendes EFH im Grünen“ nicht länger verantwortlich anbieten (und verantwortungsbereite Gemeinden im Umland auch nicht). Die Stadt Bamberg hat andere Pfunde, mit denen sie wuchern kann - und mit denen sie im Wettstreit mit dem Umland punkten und bestehen kann. Der Trend „Zurück in die Stadt“ wirkt sich auch im Bamberger Umland aus - und wird für Bamberg spielen.

Die Megalith-Siedlung braucht einen neuen Entwurf, einen von Grund auf neuen Bebauungsplan. Wir begrüßen als Ziel „ein qualitätsvolles und nachhaltiges Wohnbaugebiet mit einer attraktiven Mischung der Bautypen“. Klimaschutz, Flächennutzung, Lebendigkeit und Urbanität sind heute die Orientierungspunkte. Diese Anforderungen sind die Herausforderungen für Stadtrat und Planungsamt: Das G 8 braucht einen neuen Entwurf, der diese Orientierungen nicht nur beschwört, sondern der diesen Orientierungen folgt.

Für eine Megalith-Siedlung, die, den tausend Jahren Weltkulturerbe verpflichtet, der Zukunft fähig ist.

Bamberg, 5. Juli 2008